

Dankrede
von Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen

Herr Landrat Schrell,

Kardinal Marx,

Herr Oberbürgermeister,

meine verehrten Herren Bischöfe,

liebe Abgeordnetenkollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich sehr für diese große Ehre, mir den Europäischen St.-Ulrichs-Preis zu verleihen. Ich bedanke mich für Ihre bewegenden Worte und für Ihre Laudatio in dieser so eindrucksvollen Studienkirche, überhaupt für dieses Fest, das mich bewegt. Und es ist zugleich eine Ermutigung in einer nicht einfachen Zeit. Und deswegen möchte ich Ihnen neben Ihren freundlichen Worten, über mich und meine Bemühungen, auch dafür, dass Sie ausdrücklich auch auf das Reformationsjubiläum im kommenden Jahr Bezug genommen haben, möchte ich Ihnen vor allen Dingen auch danken für Ihr unerlässliches Engagement für die

europäische Einigung, und ich kann nur unterstreichen, was Sie auch heute hier gesagt haben. Ich will jetzt nicht über den Euro und Griechenland reden, weil ich das so oft tun muss. Vielleicht darf ich aus Anlass dieses Preises und bei dieser Europäischen St.-Ulrichs-Stiftung und an diesem Ort ein paar Worte zu Europa als Wertegemeinschaft sagen.

Zuerst: Ohne seine christlichen Wurzeln wäre Europa nicht die Wertegemeinschaft, die wir kennen und als die wir Europa verstehen. Ohne diese christlichen Wurzeln wäre Europa nicht das geworden, was es ist. Vom Rhythmus unseres Lebens in der Zeit, in Wochen und in Feiertagen, bis zur gleichen Würde und Freiheit jedes einzelnen Menschen, nicht nur in unseren Verfassungen und in unserem gesellschaftlichen Leben, ist dieses Europa von im Ursprung christlichen Vorstellungen geprägt.

Die Werte, die uns, den Westen insgesamt, einen, entstammen im Kern dem Gedanken „Vor Gott sind alle Menschen gleich“: Sie sind alle gleich von Gott geschaffen.

Aber natürlich, der Kardinal hat es angesprochen, die Frage stellt sich schon in diesen Tagen: „Europa als Wertegemeinschaft“ – klingt das nicht ein wenig hohl? Ein großes Land, das immerhin den

Parlamentarismus erfunden hat, will nicht mehr dabei sein. Das ist nicht schön, auch nicht für uns. Es erhöht auch nicht das Ansehen Europas in anderen Kontinenten. In der Flüchtlingsfrage gibt Europa noch immer kein richtig gutes Bild ab. Darüber hinaus, auch das ist wahr, einzelne Mitgliedstaaten beschließen Gesetze, die man ganz zurückhaltend als rechtsstaatlich zweifelhaft bezeichnen muss. Und so könnte man eine Fülle von Einwänden hinzufügen.

Und dennoch: Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Dass wir uns in Europa streiten, dass wir oft, eigentlich immer, verschiedene Wege zur Lösung von Problemen befürworten, dass der eine mehr ausgeben will als der andere, auch für verschiedene Zwecke – das alles ist ja kein Widerspruch, sondern das ist ja eigentlich ein Stück weit Ausdruck von Freiheit, die ja unterschiedliche Meinungen nicht nur mühsam erträgt, sondern aus Prinzip sie geradezu wollen muss, und die aus unterschiedlichen Meinungen dann gemeinsame Lösung sucht.

Dass die Europäische Kommission die Rechtsstaatlichkeit mancher zweifelhafter einzelstaatlicher Gesetzgebungen nicht nur untersuchen muss, sondern tatsächlich untersucht, das steht dazu

nicht im Widerspruch – sondern ist geradezu ein Beweis, dass die europäische Wertegemeinschaft gelebte Sensibilität ist.

Dass jenes erwähnte große Land die Gemeinschaft verlassen will, steht am Ende auch nicht zur Wertegemeinschaft Europa im Widerspruch. Denn das Vereinigte Königreich wird ja – wie die anderen 27 verbleibenden Länder und wie die europäischen Länder, die noch gar nicht dabei sind – weiter von europäischen Werten geprägt und geleitet sein. Daran besteht kein Zweifel. Die Briten haben auch nicht diese Werte abgewählt, sondern – weil eine Mehrheit dafür Gründe zu haben glaubte, die ich nicht teile, aber ich muss es respektieren – sie haben bestimmte Wege ihrer Verwirklichung in ihrem Volksentscheid unglücklicherweise zum Anlass genommen, sich so zu entscheiden, dass man weinen konnte. Weinen allein reicht auch nicht, aber es ist erlaubt.

Dann ist schon eher der immer noch unbefriedigende Umgang von Europäischer Union und Mitgliedstaaten mit der Flüchtlingssituation etwas, das wir, wenn wir von Wertegemeinschaft sprechen, besser machen müssen. Andererseits gibt es ein ganzes Arsenal fast schon klassisch gewordener Gedanken, mit denen wir jedenfalls die politisch-moralischen Dilemmata ausdrücken können, vor denen wir

in dieser Frage stehen. Und das haben wir im letzten Jahr fast in einem Schnellkurs gelernt. Ich muss von einer bemerkenswerten Erinnerung in meinem Leben berichten. Ich war ein Jahr vor dem Fall der Mauer in Ostberlin aus Anlass der Tagung des Jüdischen Weltkongresses, die um den 50. Jahrestag der Reichspogromnacht damals stattgefunden hat, und wir sind von Frankfurt nach Berlin geflogen und haben uns erst im Schillertheater eine Aufführung von Lessings „Nathan“ angeschaut. Und seitdem geht mir der Satz von Nathan im ersten Akt nicht aus dem Kopf, als er seine Tochter fragt: „Begreifst du aber, wie viel andächtig schwärmen leichter, als gut handeln ist?“ In diesem Satz drückt sich die ganze bittere Diskussion über die Flüchtlingslage auch in der verwirrtesten Familie von CDU und CSU in den zurückliegenden Monaten aus.

Anderthalb Jahrhunderte nach Lessing haben wir dann die ganz ähnlich berühmte und genauso hilfreiche Unterscheidung des Soziologen Max Weber zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik in der Politik: Gesinnungsethik, die nur auf die eigenen hehren Motive und auf moralische Sauberkeit blickt und sich um die Folgen nicht schert, und Verantwortungsethik, die ihren moralischen Anspruch auch an die Folgen des eigenen Tuns oder

Unterlassens richtet und die versucht, Verantwortung zu übernehmen für eine moralisch vertretbare Gesamtbilanz einer Politik oder Handlungskette.

Die alten Römer kannten schon die Grenze moralischer Selbst-Beanspruchung. Frau Merkel mag zwar nicht, wenn ich immer mit einigen wenigen lateinischen Sätzen komme; den kennt sie inzwischen: „Ultra posse nemo obligatur“: Über sein Können hinaus ist niemand verpflichtet. Das Unmögliche muss niemand leisten.

Die drei Gedanken sagen alle mehr oder weniger dasselbe. Sie fordern uns auf, mit Demut zu erkennen: Moralische Eindeutigkeit lässt sich nicht umstandslos in Politik übersetzen. Diese Sicht der Dinge habe ich Anfang des Jahres einmal auch meinen protestantischen Brüdern und Schwestern in einer theologischen Zeitschrift erläutert. Politik ist nicht mit Menschlichkeit identisch.

Dafür ist die gegenwärtige Flüchtlingssituation ein Paradebeispiel: Ich will nur auf die notwendige Zusammenarbeit mit der Türkei verweisen, mit einer Türkei, in der einem weiß Gott nicht alles gefallen kann. Natürlich müssen wir mit der Türkei zusammenarbeiten, so wie mit den Nachbarstaaten, den Anrainerstaaten des Mittelmeeres auf der anderen Seite, weil wir

den Menschenhändlern das Handwerk legen und ihnen die Geschäftsgrundlage nehmen müssen. Oder denken wir an das Dilemma, auch durch Auswahl und Zurückweisung von zu uns Kommenden sich eben am Ende auch die Möglichkeit zu erhalten, denen zu helfen, die es heute und auch morgen wirklich brauchen.

Richard Schröder, ein Mann den ich sehr schätze, evangelischer Theologe und SPD-Fraktionsvorsitzender in der im März 1990 frei gewählten DDR-Volkskammer – ich hätte ihn gerne mal als Bundespräsident vorgeschlagen, aber damit war Hans-Jochen Vogel nicht einverstanden – hat neulich in einem Aufsatz daran erinnert: Der einzelne Bürger, der einzelne Christ, der kann und soll barmherzig auch gegenüber Flüchtlingen sein. Und dann hat er einen Satz geschrieben, den muss man genau bedenken: Der Staat kann nicht barmherzig sein; der Staat muss gerecht sein. Der Staat muss unterscheiden, zuteilen, begrenzen – eben um unsere Fähigkeit, zu helfen, überhaupt zu erhalten. Das ist das Dilemma. Und das führt zu einem bescheidenen Gestaltungsanspruch freiheitlicher Politik.

Das gilt aber nicht nur in der Politik, es gilt auch im Privaten. Das richtige Handeln liegt oft nicht auf der Hand. Wir müssen oft

Balancen suchen und Balancen halten, und wir müssen es auch aushalten. Und um das zu schaffen und die Balance zu halten, brauchen wir Werte, Orientierung, ein Wertegerüst.

Ich will ein ganz anderes Beispiel aus der Politik nehmen, aus der Politik eines Bundesfinanzministers, nämlich die richtige Balance in dem ständigen Gegensatz, in dem Widerspruch, auch in dem Dilemma zwischen Freiheit und Regulierung, oder auch zwischen Freiheit und Sicherheit. Dieses Spannungsverhältnis muss immer wieder ausbalanciert werden. Und das Pendel schwingt mal zu weit in die eine Richtung, dann wieder zu weit in die andere Richtung. Es geht hier wie so oft in der Politik und wie auch im eigenen Leben um das richtige Maß.

Es gab eine Phase, da haben wir in der Welt, auch in Deutschland, die Finanzmärkte dereguliert. Je mehr dereguliert, umso besser für den Finanzstandort Deutschland, dachte man. Wir haben alle mitgemacht damals, Ende der 90er Jahre und Anfang dieses Jahrtausends, ob wir in der Regierung oder in der Opposition waren. Am Ende hatten wir so sehr dereguliert, dass diese Märkte außer Kontrolle geraten sind. Seit 2008, seit dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers, haben wir

verstanden, dass Freiheit ohne Grenzen und ohne Regeln auch hier nicht geht. Und jetzt versuchen wir wieder, mehr und besser zu regulieren. Aber jetzt kommt schon wieder die Diskussion auf: Wird es auch nicht zu viel, übertreiben wir es nicht manchmal? Das ist das immerwährende Bemühen um Balance.

So ist es auch mit der Diskussion um Freiheit und innere Sicherheit. Ein Leben in Freiheit ohne Sicherheit ist nicht sinnvoll. Aber umgekehrt, ein Leben in Sicherheit ohne Freiheit, das ist kein Haar besser. Deswegen müssen wir uns bemühen, immer wieder die richtige Balance zu halten. In Zeiten solcher schrecklicher Herausforderungen wie durch die terroristische Geißel, die ja immer mehr Nachahmer findet, und durch neue Formen von Gewaltaustragung wird das schwieriger, bleibt aber erst recht unerlässlich.

Wir brauchen Regeln und Grenzen, damit die Freiheit unsere Freiheit bleiben kann. Dafür braucht man die richtigen Rahmenbedingungen, Regeln und Grenzen, innerhalb derer sich das freie Leben des Einzelnen und der Gesellschaft entfalten kann.

Und jetzt will ich aber dann doch sagen: Bei allen Mängeln, wenn wir uns Europa anschauen, so schlecht ist das gar nicht gelungen.

Wir sind der Kontinent, der Konflikte langsam, schwerfällig, mühsam, bürokratisch, in endlosen Verhandlungen, aber allemal friedlich austrägt. Das haben wir in früheren Zeiten anders gemacht, und die waren nicht besser.

Gerade von außen ist Europa, ist der Westen schon attraktiv als Wertegemeinschaft. Sonst wären die Führer anderer Systeme in der Welt nicht so nervös gegenüber der Ansteckungsgefahr, die von solchen Wertegemeinschaften ausgeht. Man sieht in der Welt schon, dass wir Institutionen haben, mit denen wir Freiheit und Recht tatsächlich wahren. Man muss es sich gelegentlich selbst ins Gedächtnis rufen. Demokratie, Herrschaft des Rechts, keine gewalttätige Konfliktaustragung, Menschenrechte und sozialer Zusammenhalt, ohne die eine freiheitliche Gesellschaft nicht nachhaltig ist, Fairness, ökologische Nachhaltigkeit – diese Werte erfreuen sich weltweit hoher Attraktivität. Das kann man in China beobachten, in Hongkong, im Arabischen Frühling und wo immer. Wir müssen nur versuchen, jeden Tag und immer wieder unseren Werten selbst auch ein wenig gerecht zu werden. Das ist nicht ganz so einfach, aber wir bemühen uns.

Im Übrigen müssen wir auch – da könnte man jetzt über den Euro und Griechenland reden, tue ich aber nicht –, um attraktiv zu bleiben für andere, auch ökonomisch erfolgreich sein, oder in Teilen Europas auch erst werden. Brecht hat einmal gesagt: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. Grundbedürfnisse müssen befriedigt sein. Deswegen müssen wir in der Welt zeigen, dass wir mit unserem europäisch-westlichen Modell auch handlungsfähig sind und mithalten können.

Und deswegen ist auch Wettbewerbsfähigkeit etwas, das mit Werten zu tun hat. Damit meine ich nicht Wachstum um jeden Preis. Wir Europäer können und müssen zeigen, dass wir nachhaltig wachsen können, ohne den sozialen Zusammenhalt in unseren Gesellschaften zu gefährden, ohne durch Blasen, die platzen, dann Krisen und Zerstörungen der Schöpfung heraufzubeschwören – und das dann ja immer auf dem Rücken der Schwächeren in der Welt. Die Klimakatastrophe, der Klimawandel, wird auch zuerst die Schwächsten in dieser Welt zu neuen und zusätzlichen Flüchtlingen machen. Davon kann man mit Sicherheit ausgehen.

Deswegen müssen sich die reicheren Länder, also wir, den benachteiligten Regionen viel mehr zuwenden. In der globalisierten Welt werden Wohlstand und Stabilität für die „beati possidentes“, die glücklichen Besitzenden, nicht zu bewahren sein, wenn die Spaltungen und die daraus resultierenden Konflikte immer größer werden. Deswegen müssen wir im Interesse unserer Zukunft dafür sorgen, dass die Spaltungen nicht immer größer werden.

Teilung kann man nur durch Bereitschaft zum Teilen überwinden, das haben wir nach dem Fall der Mauer gesagt. In Deutschland und in Osteuropa ist es gelungen, eine Revolution friedlich zum Erfolg zu bringen. Das war in der Geschichte meistens anders – von der Französischen Revolution, wenn man an den Terror danach denkt, bis zum Arabischen Frühling.

Deswegen sollten wir im Jahrhundert der Globalisierung an einer maßvollen Revolution arbeiten, um einen grundlegenden Wandel ohne zu viel Übertreibung zu schaffen. Deshalb müssen wir Wachstum vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern fördern und sollten wir in den Industriestaaten eher auf Nachhaltigkeit setzen.

Es reicht nicht aus, dass Europa als Wertegemeinschaft stark bleibt. Das ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für eine gute Zukunft Europas und des Westens.

Ich bin zwar überzeugt, dass Marktwirtschaft auf Dauer nur in Demokratie, Rechtsstaat und mit sozialen Rechten funktioniert. Aber diese Systemfrage unserer Zeit ist noch nicht abschließend beantwortet. Deswegen müssen wir in der globalisierten Welt aufstrebender Volkswirtschaften auch ökonomisch eine Erfolgsgemeinschaft bleiben. Ohne wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wird die Besinnung auf Werte nicht reichen, werden wir andere nicht überzeugen.

Aber natürlich müssen wir uns auf unsere Werte schon immer wieder besinnen und müssen versuchen, unseren Ansprüchen selbst immer besser gerecht zu werden.

Der Historiker Heinrich August Winkler hat einmal gesagt: Die europäisch-westliche Wertegemeinschaft zeichne sich gerade durch das wache Bewusstsein dafür aus, den eigenen Werten und Ideen schmerzlich oft nicht völlig gerecht zu werden – und dadurch, darum zu ringen, sich selbst zu korrigieren, den Anspruch an andere und an sich selbst immer stärker zur Deckung zu bringen.

Wir Christen wissen, dass wir nicht immer so sind, nicht immer so handeln, wie wir es sollten oder wie es uns die Bergpredigt nahelegt. Aber im Grunde wissen wir meist ganz gut, was uns eigentlich zu tun gut anstünde. Und insofern ist vielleicht auch ein schlechtes Gewissen ein gutes Zeichen für eine Wertegemeinschaft. Immer noch besser, als wenn man kein schlechtes Gewissen hat.

Und vielleicht können wir Christen gerade deswegen, im Wissen um unsere eigene Fehlbarkeit und Unvollkommenheit, uns besonders gut der Unvollkommenheit in der Welt stellen.

Wir Menschen sind nur für die vorletzten Dinge zuständig. Dieses christliche Wissen um die Begrenztheiten und Vorläufigkeiten unseres menschlichen Lebens ist eine gute Grundlage für realistisches Handeln, also für eine unideologische, pragmatische, menschenwürdige Politik.

Im Grunde geht es um Demut und Respekt, um Haltungen, die Politik bescheidener, aber gerade deshalb vielleicht tragfähiger und nachhaltiger machen. Politik, so verstanden, ob national oder in Europa, versucht, im notwendig Unvollkommenen doch etwas Gutes zu schaffen: Schritt für Schritt, Irrtümer begehend und

korrigierend, vorsichtig tastend, ohne zu große Schneisen zu schlagen, ohne zu große Sprünge zu tun und ohne alles auf eine einzige Karte zu setzen.

Das hat auch mit der Warnung von Friedrich August von Hayek zu tun. Hayek hat einmal vor der „Anmaßung von Wissen“ gewarnt, und das erinnert an Karl Poppers Methode von „trial and error“, an den Weg immer wieder von Versuch und Irrtum, den freiheitliche, offene Gesellschaften gehen. Diktaturen können nur einen Fehler machen; offene Gesellschaften, Demokratien können Irrtümer korrigieren.

So habe ich Politik immer verstanden. Herzlichen Dank!